

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/25

5. Februar 1974

Ein Modell wesentlicher Fortschritte

Der Mitbestimmungs-Kompromiß darf nicht verüßert werden

Von Albert Osswald
Ministerpräsident von Hessen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 / 45 Zeilen

Berlin bleibt entscheidend für die Entspannung

Washington steht hinter der Bonn-These zu den Transitwegen

Seite 2 / 42 Zeilen

Wachsende Unruhe in der CDU

Unions-Parteien in einer neuen Entwicklungsphase

Seite 3 / 46 Zeilen

Klassenkampf oder nostalgische Einstimmung

Gedanken zu konservativer Kritik an "ideologisierten" Museen

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Ekerdt

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 28

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Ein Modell wesentlicher Fortschritte

Der Mitbestimmungs-Kompromiß darf nicht verwässert werden

Von Albert Geewald

Ministerpräsident von Hessen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 30. November 1973 war für CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf die Welt noch in Ordnung. Denn - so meinte er damals in einer Pressemitteilung - in der Mitbestimmung könnten sich SPD und FDP überhaupt nicht verständigen. Die Bemühungen um Kompromisse würden lediglich zu dem Zweck angestellt, "sich der Verwirklichung des Reformversprechens der beiden Koalitionspartner zu entziehen und die Öffentlichkeit durch Zahlenspielerereien und Formelkompromisse zu täuschen". Und auch im Dezember 1973 hatte Professor Biedenkopf noch Grund zur Freude. Auf dem Hamburger CDU-Parteitag gingen die Paritätsebefürworter in den eigenen Reihen - wieder einmal - klagend unter.

Aber im Januar brach dann der Sturm los, die CDU stand verwirrt auf, erkannte "syndikalistische Strategie" und sah "geregelt Wahlmanipulation". Im Gegensatz zur Bundevereinigung der Arbeitgeber ("marktwirtschaftsfeindlich, unannehmbar") gelang es der CDU jedoch nicht, mit einer Stimme zu sprechen. Was war geschehen? Was ließ die CDU hüh und hott zugleich rufen? Warum befürchteten die Arbeitgeberverbände mal wieder das Ende der Marktwirtschaft?

Nun: Am 20. Januar war der Koalitionskompromiß zur Mitbestimmung bekannt geworden. Nach diesem Modell sollen in den Aufsichtsräten von 650 Großunternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten vom Januar 1975 an ebenso viele Arbeitnehmer wie Kapitalvertreter sitzen: sieben Arbeitnehmer aus dem Betrieb - mindestens ein Arbeiter, ein Angestellter und ein leitender Angestellter - und fünf betriebsfremde Gewerkschaftsvertreter. Der Wahlvorgang ist auf den ersten Blick kompliziert, aber innerhalb des Kompromißmodells logisch. Zunächst wählt die Belegschaft entsprechend ihrer Zusammensetzung die Wahlmänner. Das Wahlmännergremium wählt die Arbeitnehmervertreter zum Aufsichtsrat, dazu stellt die Belegschaft die Kandidatenliste zusammen, wobei jeweils ein Fünftel der Arbeiter, Angestellten und leitenden Angestellten Listenvorschläge machen kann. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit oder im zweiten die meisten Stimmen erhält.

Gewiß, kein Modell, das den Landesvorstand der hessischen SPD zu unbändigem Jubel hinriß. Denn - wie der "Spiegel" überapitzt formulierte - "die Sozialdemokraten mußten die Forderung einheitlicher Arbeitnehmervertretung fahren lassen, die leitenden Angestellten nominieren ihre Kandidaten selber". Aber es ist ein Modell wesentlicher Fortschritte und Verbesserungen, das wir bei den Beratungen im Bundesvorstand unterstützen. Ausschlaggebend für unser positives Votum war nicht zuletzt die Tatsache, daß die leitenden Angestellten, wie die anderen Vertreter auch, vom Wahlmännergremium gewählt werden müssen: Es gibt kein Sonderwahlrecht für Spitzenangestellte.

Die Bundesregierung wird aus dem Koalitionskompromiß einen Gesetzentwurf formulieren. Wir werden den Werdegang dieses Gesetzestextes und erst recht seine endgültige Kabinettsfassung mit geschärfter Aufmerksamkeit prüfen. Dabei werden wir vor allem darauf achten, daß das im Kompromiß Erreichte nicht durch verwässerte Begriffsbestimmungen oder restriktive Fußnoten im Wert gemindert wird. + + +
(-/5.2.1974/bgy/pr)

Berlin bleibt entscheidend für die Entspannung

Washington steht hinter der Bonn-These zu den Transitwegen

Die Kontrollen der DDR im Berlin-Verkehr vom 26. Januar standen nicht in Übereinstimmung mit dem Transitabkommen, wenn auch nicht nachzuweisen ist, daß sie bewußt als Demonstration inszeniert wurden. Der Westen hat dies geschlossen und mit Nachdruck betont. Für neue Verstöße gegen das Abkommen am vergangenen Wochenende liegen dagegen keinerlei Indizien vor. Bekannt wurden nur Verkehrskontrollen durch die Volkspolizei, die nach dem Abkommen zulässig sind.

So schwer also für gezielte Schikanen der Beweis anzutreten ist, so klar ist es andererseits jedem politischen Beobachter, daß eine Taktik der Nadelstiche nicht gerade ein Novum im Verhaltensrepertoire Ostberlins wäre. Jedwede hektische Reaktion ist jedenfalls von Übel, und aufgeragte Attacken, wie sie etwa wieder von den CDU-Abg. von Wrangel und Abelein geritten wurden, nützen der Sache nichts, soweit ihnen solche Absichten überhaupt zugrunde liegen.

Entscheidend ist vielmehr, daß man im anderen deutschen Staat allen Grund hat, die ernste Mahnung zu beherzigen, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 24. Januar ausgesprochen hat: "Die Führung der DDR muß wissen, daß sie die Lage nicht weiter verschärfen darf, ohne daß dies Folgen hätte, die über das Verhältnis der beiden Staaten hinausreichen." Das ist der Sachverhalt. Bundesminister Egon Bahr war sich jüngst bei seinem Aufenthalt in Washington mit seinen Gesprächspartnern völlig einig, daß das reibungslose Funktionieren der Transitregelung von grundlegender Bedeutung für das Vier-Mächte-Abkommen sei. Daß dieses Abkommen wiederum ein Eckpfeiler der Ost-West-Beziehungen und namentlich der amerikanisch-sowjetischen Annäherung ist und jede Beeinträchtigung des Transits seinem Geist widerspricht, wurde von der amerikanischen Regierung gegenüber dem sowjetischen Außenminister Gromyko klargelegt, mit dem sie in einer ausführlichen Konsultation die nächste Gipfelkonferenz zwischen Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnjew besprach.

Wem es noch nicht so ganz deutlich vor Augen gestanden haben mag, dem wird diese Konferenz klargelegt haben, daß Ruhe und Frieden in und um Berlin von zentraler Bedeutung für die Entspannungspolitik der Großmächte sind. Für die deutschen Seiten sollte das die Möglichkeit eröffnen, sich über ein Verfahren zu einigen, das bei für die DDR tatsächlich notwendigen Fahndungsaktionen jede Spur eines Verdachtes ausschließt, es könnte sich um einen Anschlag auf das Transitabkommen handeln.

(pr/5.2.1974/bgy/pr)

+ + +

Wachsende Unruhe in der CDU

Unions-Parteien in einer neuen Entwicklungsphase

Die innere Unruhe, von der die Unions-Parteien die SPD erfaßt sehen und als Gefährdung der demokratischen Gesellschaft beklagen, gewinnt vor allem in der CDU mehr und mehr an Boden. Die CDU-freundlichen Medien versuchen zwar, diese bemerkenswerte Entwicklung möglichst herunterzuspielen, aber die Zunahme der Spannungen von der Spitze bis zur Basis ist dennoch nicht mehr zu übersehen.

Die augenfällige Aufspaltung der Meinungen etwa zur Mitbestimmungsfrage, deren Beurteilung nicht nur horizontal, sondern insbesondere auch vertikal oft weit auseinanderkleeft, kann als eine der Hauptbeispiele für diese Situation gelten, in der sich die CDU als mehr konservative gerichtete Partei nur schlecht zurecht findet. Die Versuche des Generalsekretärs Prof. Biedenkopf, die Partei auf eine durchgehende Anti-Linie gegen den Koalitions-Kompromiß zu bringen, können nur unzureichende Wirkungen haben. Die in Biedenkopf vorhandene Neigung, eine Partei nach den Prinzipien des Industriemanagements zu leiten und zu lenken, stößt im Mittelbau und an der Basis der CDU begreiflicherweise auf wachsenden Widerstand. Da hinter dem Generalsekretär zudem keine Führungsautorität im Format eines Konrad Adenauers steht und wirkt, muß die Unruhe in der Partei nur akzentuierter werden.

Wenn man die Entwicklung an der Basis der CDU und dort vor allem in der Jungen Union aufmerksam verfolgt, dann könnte man annehmen, daß sich an der Mitbestimmungsfrage die Geister in einer Weise zu scheiden beginnen, die das vom Bonner Konrad-Adenauer-Haus gepflegte Image einer von keinerlei Wirrungen bedrohten Partei heftig zaust. In Frankfurt beispielsweise wird die Junge Union von einer harten Richtungs- und Führungskrise gebeutelt, die sich unmittelbar aus den völlig divergierenden Auffassungen zur Mitbestimmung und zum Hamburger Parteitags-Beschluß ergeben hat. Frankfurt ist keine Ausnahme, wenngleich sich anderswo die Auseinandersetzungen noch in etwas ruhiger Formen vollziehen mögen. Aber die Parteibasis, bisher oft noch in konservativbürgerlichen Rahmen befangen, beginnt unruhig zu werden.

Anreize dazu bekommt sie von der Spitze. Die heftigen Streiterei, die der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß auf der Führungsebene der bayerischen CSU provoziert hat, mußte alles andere als beruhigend auf die Partei selbst wirken. Vielleicht deshalb, aber keineswegs nur deshalb hat der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl jetzt so massiv abgewinkt, als er gefragt wurde, ob Strauß ein Kandidat der Unions-Parteien für die Kanzlerkandidatur 1976 sein könnte und ob Strauß sich dafür profilieren wolle. Kohl hielt diese Ansicht für so abwegig, daß man dazu keine weiteren Bemerkungen machen könne.

Diese Methode, mit der Führungsspitzen der Unions-Parteien miteinander umgehen, kann die innere Unruhe in der CDU und in der CSU nur stärken und anheizen. Als Folge ist eine zunehmende Uneffektivität der Opposition festzustellen, die hinter der Lautstärke des Auftretens der CDU/CSU-Politiker nicht mehr zu verbergen ist.

(ee/5.2.1974/ks/ee)

+ + +

Klassenkampf oder nostalgische Einstimmung

Gedanken zu konservativer Kritik an "ideologisierten" Museen

In einer renommierten konservativen Tageszeitung las man jüngst einen Artikel, in dem der Autor, der sonst mehr der politisch unverwechselten Form zuneigt, in feuilletonistisch-wehmütiger Art eine Umstellung der Heimatmuseen in der DDR beklagt. "Ob sich der Besucher der kleinen Ostsee-Kraistadt Ribnitz-Damgarten die Reminiszenzen an die Schwedenzeit, ob er sich in Bad Dübau zwischen Leipzig und Wittenberg die letzte Schiffmühle, in Altenburg die historischen Spielkarten oder im Erzgebirge die Zeugnisse geschnitzter Volkskunst mit ihrer Mischung aus Bergbauromantik und naiver religiöser Gebundenheit vor Augen führt - er konnte immer die richtige Einstimmung gewinnen." Über den Räumen, die den "liebvoll bewahrten Lebensstil der Vorfäter in ihren Exponaten bevorzugten und dabei das Kostbare und das Schlichte in gleicher Weise gelten ließen", habe nostalgische Stimmung gelegen.

Wie anders heute! Im sächsischen Grimnitzau, einem in der Arbeiterbewegung namhaften Platz, würde eine Gedenkstätte für den Textilarbeiterstreik von 1903/04 eingerichtet, stellt der Autor mit Bedauern fest. Fast schmerzlich vermerkt er, daß dort kapitalistisches Wohnungsinventar "samt den Seidenblusen der Damen in böseartig-konfrontierender Absicht neben dem Wohnraum eines ausgebeuteten Arbeiters" aufgebaut werde. Hier sei alles auf Klassenkampf getrimmt. Lichtblicke gibt es nur noch wenige. So im Schwarzenberger Renaissance-schloß, wo der "kostbare Empirealon eines Bergbauunternehmers mit dem anheimelnden Wohnzimmer des einfachen Erzgebirglers in eine absichtslose oder gar freundliche Beziehung" gesetzt werde.

Nun fehlt der Oberlehrerton, der - ähnlich dem Lyalduft - die ganze DDR durchweht, natürlich nicht an so exponierten Orten wie Museen; aber Tatsache ist doch, daß diese Einrichtungen bei aller didaktischen Penetranz für die historische Bewußtseinsbildung der Bevölkerung einen weitaus höheren Wert

haben, als die bejammerter Stätten nostalgischer Einstimmung. Wozu sollten denn Museen gut sein, wenn nicht für die plastische, gleichsam materialisierte Veranschaulichung historischer Zusammenhänge? Und die Konfrontation von Unternehmersalon und Arbeiterstube als Illustration zu einer bestimmten Epoche ist da so abwegig nicht. Es ist dies freilich eine Frage des Verhältnisses zur Geschichte: ob geschmacklerisch, kulinarisch oder realitätsbezogen.

Was übrigens die DDR-Museen betrifft, so wäre hier anzumerken, daß die kritisierte marxistisch gezielte Ordnung der Exponate gar nicht unbedingt den Erfolg haben muß, den die SED erhofft. Es ist festzustellen, daß gerade jüngere Leute nicht immer ohne weiteres bereit sind, die vorherrschende omnipotente Staatsbürokratie als zwangsläufige Konsequenz des ihnen mitunter eindrucksvoll demonstrierten Kampfes um Freiheit und soziale Gerechtigkeit in der Geschichte anzuerkennen.

Ein ideologisch eingeengtes Geschichtsbild ist eine schlimme Sache (und für ideologisierte Museen sei daher hier auch gewiß nicht plädiert), aber ebenfalls von Übel ist jene scheinbare Offenheit und Neutralität, die Konservative gerne vorspiegeln. Von dem Manipulationseffekt einmal ganz abgesehen, ist sie dafür verantwortlich, daß Geschichte generationenlang ohne jeglichen Wert für die Bewältigung der Gegenwart war. So viel Überspanntes und Uneingesagtes in den im Rampenlicht der öffentlichen Kritik stehenden sog. "Rahmenrichtlinien" für diversen Schulunterricht aufzufinden war und noch zutage treten mag: Ihrer Grundabsicht, Urteilsfähigkeit als oberstes Ziel anzustreben, ist ohne Einschränkung zuzustimmen. Bedauerlich ist nur, daß häufig, allzu häufig den Extremen das Feld zu gehören scheint: auf der einen Seite Manipulateure und Elfenbeintürme, auf der anderen Dogmatiker und Bilderstürmer.

Claus Preller
(-/5.2.1974/ke/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckart